



NEWSLETTER



EUROPABÜRO BRÜSSEL

21. Mai 2008

Anne-Kathrin Langhorst
Katrin Ullrich

Der Ratifikationsprozess des Vertrags von Lissabon

- STAND DER NATIONALEN VERFAHREN -

Am 13. Dezember 2007 unterzeichneten die EU-Staats- und Regierungschefs in Lissabon den Reformvertrag. Damit der „Vertrag von Lissabon“ wie geplant am 01. Januar 2009 in Kraft treten kann müssen zuvor alle 27 Mitgliedstaaten das Vertragswerk ratifizieren. Fast alle Mitgliedstaaten wollen den Reformvertrag auf dem parlamentarischen Wege verabschieden. Einzig in Irland ist ein Referendum vorgesehen. Die Termine für die Abstimmungen werden von den jeweiligen nationalen Regierungen festgelegt. Auch hinsichtlich der erforderlichen Mehrheiten und der Anzahl der beteiligten Institutionen bestehen beachtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten.

Inzwischen haben 12 Staaten den Vertrag parlamentarisch ratifiziert. Der vorliegende Newsletter soll einen Überblick über die Ratifizierungsprozesse in den 27 EU-Staaten geben.

BELGIEN

In Belgien ist der Ratifikationsprozess noch nicht abgeschlossen. Die belgische Verfassung sieht keine Volksabstimmung vor, der Vertrag von Lissabon wird durch die fünf bestehenden Regionalparlamente (Parlament der deutschsprachigen Gemeinschaft, Parlament der Französischen Gemeinschaft, flämisches Regionalparlament, Parlament der Region Brüssel Hauptstadt, Wallonisches Parlament) sowie den Senat und die belgischen Abgeordnetenkammer ratifiziert werden. Zuletzt muss auch das belgische Staatsoberhaupt, König Albert II, seine Zustimmung geben. Sowohl der Senat (am 06. März 2008) als auch die Abgeordnetenkammer (am 10. April 2008) haben den Vertrag bereits angenommen. Bis Mitte Juli soll der Ratifikationsprozess dann auch in den Regionalparlamenten abgeschlossen sein.

BULGARIEN

Bulgarien hat als sechstes Mitglied der Europäischen Union den Vertrag parlamentarisch ratifiziert. Die geforderte 2/3-Mehrheit im Parlament wurde mit 199 Abgeordnetenstimmen für die Implementierung des Vertrages bei lediglich 15 Gegenstimmen am 21. März 2008 erreicht.

DÄNEMARK

In Dänemark hat das Parlament den Vertrag am 24. April 2008 ratifiziert. Während 90 Abgeordnete für die Annahme des Vertrages stimmten, gab es 25 Gegenstimmen. Allerdings waren bei der Abstimmung 64 Abgeordnete und Premierminister Anders Fogh Rasmussen abwesend. Unabhängig davon soll voraussichtlich im Herbst per Referendum über die be-

NEWSLETTER
EUROPABÜRO BRÜSSEL
21. MAI 2008

www.eukas.eu

stehenden dänischen Opt-outs entschieden werden. Die Ausnahmen betreffen die gemeinsame Verteidigungspolitik, die Justizpolitik sowie den Euro und die EU-Staatsbürgerschaft.

DEUTSCHLAND

In Deutschland stimmte der Bundestag am 24. April 2008 mit der nötigen 2/3-Mehrheit (515 Ja- und 58 Nein Stimmen) dem Vertrag von Lissabon zu. Der Bundesrat wird am 23. Mai über den EU-Vertrag abstimmen. Von den fünf Fraktionen im Parlament stimmte nur die Linke gegen die Ratifizierung des Reformvertrags. Nach der Abstimmung im Bundestag haben die Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler (CSU) und Diether Dehm (Die Linke) eine Klage vor dem Bundesgerichtshof gegen den Vertrag von Lissabon angekündigt. Während Gauweiler einen drohenden Souveränitätsverlust als Grund für seine Klage angab, befürchtet Die Linke eine „Militarisierung der EU“. Die Klage kann erst nach Abstimmung im Bundesrat eingereicht werden. Es wäre dann davon auszugehen, dass Präsident Horst Köhler seine Unterschrift unter den Vertrag erst nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes setzen wird.

ESTLAND

In Estland bedarf es einer einfachen Mehrheit im Parlament, um den Reformvertrag zu ratifizieren. Die Abstimmung im Parlament soll noch im Mai stattfinden.

FINNLAND

Um den Vertrag von Lissabon zu ratifizieren, muss im Parlament eine 2/3-Mehrheit erreicht werden. Die Abstimmung im Parlament findet voraussichtlich im Sommer 2008 statt. Der Verfassungsvertrag war seinerzeit mit großer Mehrheit angenommen worden.

FRANKREICH

In Frankreich ist der Vertrag von Lissabon bereits ratifiziert. Die endgültige Ratifikation erfolgte am 08. Februar 2008. Die französische Nationalversammlung hatte am 07. Februar 2008 mit 336 Abgeordnetenstimmen für den neuen Vertrag gestimmt. 52 Abgeordnete der Nationalversammlung entschieden sich gegen die Annahme des Vertrages. Auch im Senat war die Zustimmung am Tag darauf mit 265 Ja und 42 Nein-Stimmen hoch. 13 Senatsabgeordnete enthielten sich der Stimme.

GRIECHENLAND

In Griechenland erfordert die Ratifikation des Lissabon-Vertrages eine einfache Mehrheit im Parlament. Diese gilt aufgrund der Zustimmung der Regierungspartei Nea Demokratia wie auch der größten Oppositionspartei PASOK als gesichert. Ein genaues Ratifikationsdatum gibt es noch nicht.

IRLAND

Die Republik Irland ist das einzige Land innerhalb der Europäischen Union, in dem ein Referendum zur Ratifikation des Reformvertrags verbindlich durch die Verfassung vorgeschrieben ist. Das Referendum ist für den 12. Juni 2008 vorgesehen. Unterdessen ist in Irland eine energische Debatte über den Vertrag von Lissabon entbrannt. Während sich die Regierungsparteien Fianna Fáil, Progressive Democrats und zu Teilen auch die Green Party sowie

NEWSLETTER

EUROPABÜRO BRÜSSEL

21. MAI 2008

www.eukas.eu

die oppositionelle Fine Gael und die Labour Party neben vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Wirtschaftsverbänden für den Reformvertrag aussprechen, verweigern andere Teile der Grünen sowie die oppositionelle Sinn Féin dem Vertrag ihre Zustimmung. Die Gegner fürchten vor allem einen Verlust von Souveränität und Einfluss sowie Steuerharmonisierung in der EU.

Am 06. Mai 2008 war Premierminister Bertie Ahern nach Korruptionsvorwürfen von seinem Amt zurückgetreten. Sein Nachfolger, der bisherige Finanzminister, Brian Cowen, erklärt in seiner Antrittsrede, Irland habe großartig von seiner EU-Mitgliedschaft profitiert und warb für die Annahme des Vertrags von Lissabon.

ITALIEN

In Italien wird der Vertrag von Lissabon in den Kammern ratifiziert. Dafür genügt eine einfache Stimmenmehrheit sowohl in der Abgeordnetenversammlung als auch im Senat. Trotz der Neuwahlen am 13. und 14. April 2008, soll der Vertrag laut dem Präsidenten Giorgio Napolitano möglichst bald ratifiziert werden.

LETTLAND

Das lettische Parlament hat am 8. Mai den Vertrag von Lissabon ratifiziert. Die Abgeordneten stimmten im Parlament mit 70 Ja- und 3 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung für den EU-Reformvertrag.

LITAUEN

Litauen hat ebenfalls am 8. Mai den Vertrag von Lissabon parlamentarisch ratifiziert. Bei der Abstimmung votierten 83 Abgeordnete für die Ratifikation, bei 5 Gegenstimmen und 23 Enthaltungen.

LUXEMBURG

In Luxemburg wird es eine parlamentarische Ratifizierung des Lissaboner Vertrages geben. Ein konsultatives Referendum, wie es im Zuge der Ratifizierung des Verfassungsvertrages durchgeführt worden war, findet nicht statt. Der Ratifizierungsprozess ist bereits am 21. Dezember 2007 mit der Annahme des entsprechenden Gesetzesentwurfes durch das Kabinett angelaufen. Zur Abstimmung im Parlament soll es im Juni kommen.

MALTA

Malta hat als dritter Mitgliedstaat den Vertrag von Lissabon am 29. Januar 2008 parlamentarisch ratifiziert. Die Annahme des Vertrages erfolgte ohne Gegenstimmen.

NIEDERLANDE

Bereits im September 2007 hatte sich der niederländische Staatsrat in einer unverbindlichen Stellungnahme für eine parlamentarische Ratifizierung des Vertrages ausgesprochen. Der Reformvertrag habe keinen direkten Einfluss auf die nationale Verfassung, deshalb müsse er nicht im Zuge eines Referendums verabschiedet werden. Der Vertrag wird von allen Parteien der Regierungskoalition unter Ministerpräsident Balkenende (CDA, PvdA und ChristenUnie) unterstützt. Auch die oppositionellen GroenLinks, D66 und VVD sprechen sich für den

NEWSLETTER

EUROPABÜRO BRÜSSEL

21. MAI 2008

www.eukas.eu

Vertrag aus. Die sozialdemokratische PvdA, die sich noch Mitte 2007 erneut für ein Referendum ausgesprochen hatte, revidierte nach der Weisung des Staatsrates ihre Position. Der Vertrag wird in den Niederlanden parlamentarisch ratifiziert. Dazu ist eine einfache Mehrheit in beiden Kammern von Nöten.

ÖSTERREICH

Österreichs parlamentarische Ratifizierung des Lissabon-Vertrages ist abgeschlossen. Das österreichische Parlament hat dem Vertrag von Lissabon am 09. April 2008 mit großer Mehrheit zugestimmt. Während 28 Abgeordnete gegen eine Annahme votierten, fanden sich 151 positive Stimmen. Die Gegenstimmen kamen zum Großteil aus den Lagern der rechten FPÖ und BZÖ, die ein Referendum gefordert hatten. Am 24. April 2008 ratifizierte auch der österreichische Bundesrat den Reformvertrag. Am 28. April 2008 schloss Bundespräsident Fischer (SPÖ) mit der Unterzeichnung des EU-Reformvertrages von Lissabon den Ratifizierungsprozess in Österreich ab.

POLEN

Am 01. April 2008 hat das polnische Parlament den Vertrag mit 384 Ja-Stimmen, 56 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen angenommen. Am 02. April sprach sich auch der Senat mit 74 von 97 Senatorenstimmen bei sechs Enthaltungen für den Vertrag aus.

Aufgrund der notwendigen 2/3-Mehrheit im Parlament war der Abstimmung ein Kompromiss zwischen der regierenden Liberalen Bürgerplattform (PO) und der Polnischen Bauernpartei (PSL) mit der oppositionellen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) vorausgegangen. Diese hatte ein Opt-out zur Grundrechtecharta gefordert, unter anderem da sie Polens traditionelle Familienpolitik gefährde. Neben dem Opt-out verständigte man sich auch auf eine dem Gesetzentwurf beigefügte Resolution, die Verweise auf Polens Souveränität enthält. Premier Donald Tusk machte aber deutlich, dass Polen nach einer erfolgreichen Implementierung des Reformvertrages eventuell nachträglich die Grundrechtscharta ratifizieren werde. Präsident Lech Kaczyński hat angekündigt seine Unterschrift spätestens im Juli unter das Vertragswerk zu setzen.

PORTUGAL

Das portugiesische Parlament hat am 23. April 2008 über die Annahme des Vertrages abgestimmt und hat damit als neuntes Land den Vertrag von Lissabon ratifiziert. Das Parlament billigte den Vertrag mit überwältigender Mehrheit, 208 Abgeordnete stimmten für, 21 Abgeordnete gegen eine Annahme des Vertragstextes. Die Gegenstimmen kamen aus den drei linken Fraktionen des Parlaments (Partido Ecologista Os Verdes, Bloco de Esquerda, Partido Comunista Português), die der Ansicht waren, der Vertrag würde die Souveränität des Landes untergraben und ein Referendum gefordert hatten.

RUMÄNIEN

Als viertes Mitgliedsland ratifizierte Rumänien am 04. Februar 2008 den Vertrag von Lissabon parlamentarisch. Mit nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung wurde der Vertrag in einer gemeinsamen Sitzung der rumänischen Abgeordnetenkammer und des Senats angenommen.

NEWSLETTER
EUROPABÜRO BRÜSSEL
21. MAI 2008

www.eukas.eu

SCHWEDEN

Schweden hatte nach den negativen Referenden zum EU-Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden das Dokument nicht ratifiziert. Aus diesem Grund gab es ein weit reichendes Konsultationsverfahren zum Vertrag von Lissabon, das 214 Regierungsbehörden und der Zivilgesellschaft die Möglichkeit gab, ihre Anliegen zu äußern. Das Konsultationsverfahren endete am 25. März 2008.

Der EU-Reformvertrag muss vom schwedischen Parlament mit einer einfachen Mehrheit ratifizieren. Die Mehrheit der Abgeordneten wird dem Vertrag von Lissabon zustimmen. Gegenstimmen werden lediglich seitens der Grünen und der Linkspartei erwartet.

SLOWAKEI

Am 10. April 2008 hat die Slowakei den Vertrag von Lissabon ratifiziert. Ursprünglich war die Abstimmung über den EU-Reformvertrag für Anfang Februar geplant. Für die geforderte Zwei-Drittel-Mehrheit zur Annahme benötigte die Koalition des Premierministers Roberto Fico mindestens 5 Stimmen der Opposition. Diese hatte jedoch aus Protest gegen einen umstrittenen Pressegesetzentwurf die Abstimmung verweigert. Um den Ruf der Slowakei im Ausland zu wahren, stimmten schließlich Abgeordnete der ungarischen Koalition (SMK) für den Lissabon Vertrag. Er wurde mit 103 zu 5 Stimmen angenommen. Die christdemokratische und die liberale Oppositionspartei hatten das Plenum aus Protest gegen das inzwischen beschlossene Pressegesetz erneut verlassen. Es sei nicht mit der Pressefreiheit und dem Recht auf Zugang zu nachweisbaren Informationen vereinbar.

SLOWENIEN

Slowenien hat am 29. Januar 2008 als zweiter Mitgliedstaat nach Ungarn den Vertrag von Lissabon parlamentarisch ratifiziert. 74 von 90 Abgeordneten stimmten für eine Annahme des Vertrages.

SPANIEN

Der Ministerrat der spanischen Regierung hat am 30. April 2008 beschlossen, eine Gesetzesvorlage zur Ratifizierung des Vertrages von Lissabon in das spanische Parlament einzubringen. Die Abstimmung wird nach Aussage des ausgeschiedenen Europastaatssekretärs Alberto Navarro allerdings wohl frühestens im Juli stattfinden. Sowohl die oppositionelle PP als auch die regierende PSOE haben erklärt, für den Vertrag stimmen zu wollen. Auch von CiU (Katalonien), PNV (Baskenland) und CC (Kanarische Inseln) ist ein „Ja“ im Parlament zu erwarten, da sie bereits seinerzeit für den Verfassungsvertrag gestimmt hatten. Damit ist eine Mehrheit im Parlament sicher. Einige wenige Abgeordnete der Linkspartei IU und der für eine Unabhängigkeit Kataloniens von Spanien eintretenden linksnationalistischen ERC könnten gegen den Vertrag stimmen, den sie in der Vergangenheit als „neoliberal“ kritisiert hatten.

TSCHECHIEN

In Tschechien ist die Ratifizierung vom Senat zunächst auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Auf Initiative der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) hin, die den Vertrag von Lissabon bereits zuvor mehrfach kritisiert hatte, beschloss der Senat in einer Abstimmung, den Vertrag zunächst vom Verfassungsgericht überprüfen zu lassen. Das Gericht wurde aufgeru-

NEWSLETTER

EUROPABÜRO BRÜSSEL

21. MAI 2008

www.eukas.eu

fen, Stellung zu nehmen, ob der Vertrag von Lissabon in Einklang mit dem tschechischen Grundgesetz stehe.

UNGARN

Ungarn hatte am 17.12.2007 als erstes Land den Vertrag von Lissabon parlamentarisch ratifiziert. Für die Zustimmung war eine 2/3-Mehrheit nötig. Das Ergebnis der Abstimmung war eine große Mehrheit von 325 Ja- Stimmen gegenüber 5 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen.

VEREINIGTES KÖNIGREICH

Am 5. März 2008 wurde das von der Opposition (Konservativen Partei und Liberaldemokraten) beantragte Referendum zum Vertrag von Lissabon vom House of Commons mit 311 zu 248 Stimmen abgelehnt. Am 11. März 2008 verabschiedete das House of Commons mit 346-Ja-Stimmen bei 206 Gegenstimmen den Lissabon Vertrag. Das House of Lords wird voraussichtlich noch im Mai 2008 über die Annahme des Vertrages entscheiden.

Großbritannien hat sich ein opt-out zur Grundrechtecharta vorbehalten. Man fürchtete vor allem mögliche Auswirkungen der Regelung zu Arbeitszeiten und zum Streikrecht auf das britische Arbeitsrecht. Auch bei qualifizierten Mehrheitsentscheidungen in der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit pocht Großbritannien auf ein Opt-Out. In diesem Bereich ließ die britische Regierung verlauten, dass sie es sich offen halte, ob sie sich an einer Kooperation beteilige.

ZYPERN

Der Vertrag von Lissabon muss in Zypern mit absoluter Mehrheit im Parlament ratifiziert werden. Ein konkretes Ratifizierungsdatum steht noch nicht fest. Der Verfassungsvertrag war 2005 mit breiter Mehrheit angenommen worden.

NEWSLETTER
EUROPABÜRO BRÜSSEL
21. MAI 2008

www.eukas.eu

MITGLIEDSTAAT	RATIFIZIERUNGSVERFAHREN	RATIFIZIERUNGSDATUM	ERGEBNIS
Belgien	<ul style="list-style-type: none"> • Senat • Abgeordnetenkommission • Parlament der deutschsprachigen Gemeinschaft • Parlament der französischen Gemeinschaft • Flämisches Regionalparlament • Parlament der Region Brüssel Hauptstadt • Wallonisches Parlament • Staatsoberhaupt König Albert II. 	06. März 2008 10. April 2008 bis Mitte Juli 2008 bis Mitte Juli 2008 bis Mitte Juli 2008 bis Mitte Juli 2008 bis Mitte Juli 2008	ja ja
Bulgarien	<ul style="list-style-type: none"> • Parlament 	21. März 2008	Ja
Dänemark	<ul style="list-style-type: none"> • Parlament 	24. April 2008	Ja
Deutschland	<ul style="list-style-type: none"> • Bundestag • Bundesrat • Bundespräsident 	24. April 2008 Voraussichtlich 23. Mai 2008	Ja
Estland	<ul style="list-style-type: none"> • Parlament 	Voraussichtlich Mai 2008	
Finnland	<ul style="list-style-type: none"> • Parlament 	Voraussichtlich Sommer 2008	
Frankreich	<ul style="list-style-type: none"> • Nationalversammlung • Senat • Präsident 	07. Februar 2008 08. Februar 2008 14. Februar 2008	Ja Ja Ja
Griechenland	<ul style="list-style-type: none"> • Abgeordnetenkommission 	offen	
Irland	<ul style="list-style-type: none"> • Referendum • Parlament • Präsident 	Vorgesehen 12. Juni 2008	
Italien	<ul style="list-style-type: none"> • Parlament • Senat • Präsident 		
Lettland	<ul style="list-style-type: none"> • Parlament 	08. Mai 2008	Ja
Litauen	<ul style="list-style-type: none"> • Parlament 	08. Mai 2008	
Luxemburg	<ul style="list-style-type: none"> • Parlament 	Vorgesehen im Juni 2008	
Malta	<ul style="list-style-type: none"> • Parlament 	29. Januar 2008	Ja
Niederlande	<ul style="list-style-type: none"> • Parlament 		
Österreich	<ul style="list-style-type: none"> • Parlament • Bundesrat • Bundespräsident 	09. April 2008 24. April 2008 28. April 2008	Ja Ja Ja
Polen	<ul style="list-style-type: none"> • Parlament • Senat • Staatspräsident 	01. April 2008 02. April 2008 Voraussichtlich Juni/Juli 2008	Ja Ja Ja
Portugal	<ul style="list-style-type: none"> • Parlament 	23. April 2008	Ja
Rumänien	<ul style="list-style-type: none"> • Parlament + Senat 	04. Februar 2008	Ja

NEWSLETTER

EUROPABÜRO BRÜSSEL

21. MAI 2008

www.eukas.eu

Schweden	<ul style="list-style-type: none"> • Parlament 	Voraussichtlich November 2008	
Slowakei	<ul style="list-style-type: none"> • Parlament 	10. April 2008	Ja
Slowenien	<ul style="list-style-type: none"> • Parlament 	29. Januar 2008	Ja
Spanien	<ul style="list-style-type: none"> • Kongress 		
Tschechien	<ul style="list-style-type: none"> • Parlament • Senat 		
Ungarn	<ul style="list-style-type: none"> • Parlament 	17. Dezember 2008	Ja
Vereinigtes Königreich	<ul style="list-style-type: none"> • House of Commons • House of Lords 	11. März 2008 Voraussichtlich Mai 2008	Ja
Zypern	<ul style="list-style-type: none"> • Parlament 		